

## „Gijs de Vries: ‚Bei der Terrorismusbekämpfung dürfen Gesetze nicht missachtet werden‘“ in Le Monde (17. Februar 2007)

**Legende:** Bevor er sein Amt als Koordinator für Terrorismusbekämpfung im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union aufgibt, betont Gijs de Vries in einem Interview, das am 17. Februar 2007 in der französischen Tageszeitung Le Monde erschienen ist, wie wichtig die Achtung der Gesetze bei der Terrorismusbekämpfung und wie nötig die Überprüfung der Beschlussfassungsmechanismen im Rat im Hinblick auf mehr Effizienz sind.

**Quelle:** Le Monde. 17.02.2007. Paris. "Gijs de Vries: "La lutte antiterroriste doit être menée dans le respect des lois"", auteur:Stroobants, Jean-Pierre , p. 5.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU  
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/gijs\\_de\\_vries\\_bei\\_der\\_terrorismusbekampfung\\_durfen\\_gesetze\\_nicht\\_missachtet\\_werden\\_in\\_le\\_monde\\_17\\_februar\\_2007-de-cf8989fc-de21-4a7d-9be5-e242d9b9da40.html](http://www.cvce.eu/obj/gijs_de_vries_bei_der_terrorismusbekampfung_durfen_gesetze_nicht_missachtet_werden_in_le_monde_17_februar_2007-de-cf8989fc-de21-4a7d-9be5-e242d9b9da40.html)



**Publication date:** 09/08/2016

## Gijs De Vries: „Bei der Terrorismusbekämpfung dürfen Gesetze nicht missachtet werden“

**Der „Terrorismus-Beauftragte“ der EU ist nach drei Jahren von seinem Amt zurückgetreten. Er ruft die westlichen Staaten auf, das, was sie predigen, auch umzusetzen“**

**BRÜSSEL**

von unserem EU-Korrespondenten

Seit er nach den islamistischen Attentaten in Madrid im Jahre 2004 sein Amt angetreten hat, macht Gijs De Vries immer den Eindruck, er wäge jede seiner Erklärungen genau ab. Am Freitag, den 16. Februar wollte der niederländische Koordinator der Europäischen Union für die Terrorismusbekämpfung, der aus familiären Gründen in Kürze von seinem Amt zurücktreten wird, eine offensivere Mitteilung loswerden, die sich zuallererst an die Vereinigten Staaten richtet und sodann an die europäischen Politiker.

De Vries, der zum Clingendael-Institut für internationale Beziehungen in Den Haag wechseln wird, fordert die westlichen Staaten auf „das, was sie predigen, auch umzusetzen“. Dabei sei im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus die Achtung der Menschenrechte gemeint, „die ein wichtiger Bestandteil unserer Identität sind“. Nach Ansicht des Diplomaten sollten „Washington und Brüssel ihren Dialog vertiefen“. Es sei wichtig, dass die Amerikaner zu der „gemeinsamen Definition“ dieser Rechte zurückkehrten. „Das ist wichtig für die Glaubwürdigkeit der USA, für eine effiziente Bekämpfung des Terrorismus, aber auch für die Sicherheit in Europa“, beharrt er. Man müsse „auf den neuen politischen Gegebenheiten in den USA aufbauen“, die sich durch den kürzlich erfolgten Wandel im Kongress zeige.

„Die demokratischen Staaten dürfen nicht genau das machen, was die Terroristen von ihnen erwarten, nämlich überreagieren. Sie müssen bei ihrer Bekämpfung die Gesetze beachten“, führt der europäische Koordinator weiter aus. Es sei an der Zeit, die Folter für illegal zu erklären und zwar besonders in „Drittländern“, in denen sie dazu diene, vermeintlichen Terroristen Geständnisse abzuwingen.

De Vries geht nicht so weit, Washington der Anwendung barbarischer Praktiken zu beschuldigen – „Haben Sie etwa Beweise?“, fragt er – aber er hält Guantánamo für „absurd“ und meint, dass, „sich die Wirkung dessen, was auf dem Stützpunkt geschehen sei, die Ereignisse von Abu Ghraib und die geheimen Flüge der CIA“ potenzieren und dazu führen werden, dass die Glaubwürdigkeit der USA und ihrer Partner untergraben werde.

Auf die Vorwürfe des Europäischen Parlaments, das seine Antworten in Bezug auf die geheimen CIA-Flüge für nicht zufrieden stellend befunden hatte, erwidert De Vries in Straßburg: „Diese Entführungen und diese Flüge sind unmoralisch, illegal und kontraproduktiv“, und bekräftigt mit Nachdruck: „Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten hat die Anwendung solcher Praktiken im Dezember [2006] ausdrücklich verurteilt. Das hätte ich mir schon früher gewünscht, aber der britische Ratsvorsitz ist mir damals nicht gefolgt“.

Von seiner wiedergefundenen Redefreiheit Gebrauch machend, holt Herr De Vries gegen seine Verleumder aus: „Die Kontrolle der nationalen Geheimdienste fällt ausdrücklich nicht unter die Befugnisse der Europäischen Union und daher können weder ich noch Javier Solana [der Hohe Vertreter der Außenpolitik der EU] sie ausüben. Wenn das Europäische Parlament diese Praktiken ändern möchte, hätte es eine Änderung des EU-Vertrags fordern müssen, was es nicht getan hat.“

Bei der Analyse seiner Bilanz und der Pfeiler seiner – wie er es nennt – „Kampfstrategie“ (besserer Schutz für Flughäfen und Häfen, intensiverer Informationsaustausch, Einführung von biometrischen Pässen, Vorratsdatenspeicherung bei Telefonaten etc.) hält Herr De Vries nicht die Frage am wichtigsten, wer morgen auf seinem Sessel sitzen wird, sondern ob der Handelsspielraum für seinen Nachfolger groß genug sein wird: „Europa muss seine Mechanismen zur Entscheidungsfindung neu überdenken. Im Bereich der Terrorismusbekämpfung war der Rat auf allen Gebieten, auf denen er Beschlüsse mit einfacher Mehrheit treffen konnte, effizient und verlor Zeit, als ein einstimmiges Ergebnis erforderlich war.“

Im Moment weiß der Rat noch nicht, ob die Mitgliedstaaten den Niederländer ersetzen werden. Gijs De Vries lehnt jeden Kommentar ab, fasst aber die Herausforderung zusammen: *„Europa ist besser geschützt als 2001, aber die Bedrohung durch Attentate ist nicht gesunken. Sie ist nur komplexer geworden, es gibt nicht mehr nur ein Zentrum und sie ist jetzt mit der Entwicklung eines „inneren“ Terrorismus verbunden“*. Dem Koordinator zufolge bestehe das Risiko für konventionelle Attentate weiter, das Risiko für Attentate mit „schmutzigen“ Waffen aber nehme zu.

Abhilfe könne nicht allein die Polizei schaffen, warnt Herr De Vries: *„Ich bin besorgt, weil die Radikalisierung in einigen Regionen Europas zunimmt. Diese Entwicklung muss durch das gemeinsame Handeln von Moslems und Nicht-Moslems aufgehalten werden. Wir brauchen eine Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg und zwischen den Religionen. Die Achtung der Menschenrechte muss der gemeinsame Wert dieser geeinten Front sein.“*

JEAN-PIERRE STROOBANTS